

Stellungnahme / Antwort

zu Antrag-/Anfrage Nr. **AF/0116/2011**

der Stadtratssitzung am 16.12.2011

Punkt: ö.S. / nö.S.

Betr.: Anfrage der SPD-Ratsfraktion zur "Sozialen Stadt Lützel"

Stellungnahme/Antwort

1. Wie sieht der gegenwärtige Sachstand des Projektes aus?

Im Programmgebiet „Soziale Stadt Lützel“ ist zurzeit die Umnutzung des Kath. Gemeindezentrums St. Antonius in ein Bürgerzentrum für Lützel das Hauptprojekt. Es werden aktuell die Verhandlungen mit der Kirchengemeinde und dem Bistum geführt. Grundsätzlich sind alle beteiligten Stellen an der Umsetzung des Projektes interessiert, es sind erste Gesprächstermine abgestimmt, um einen Entwurf zu einem notwendig zu schließenden Nutzungsvertrag zu erstellen. Hierzu begleitend wird seit Beginn der Maßnahme das Quartiersmanagement durch die Caritas betrieben.

2. Wie stellt sich die Situation für 2012 dar?

Im Jahr 2012 sollen die o.g. Verhandlungen zum Abschluss gebracht und der Vertrag geschlossen werden, so dass für das Bürgerzentrum dann die konkrete Umbau- und Ausbauplanung mit Bauantrag begonnen werden kann. Nach Vorliegen der notwendigen Zustimmung des Fördergebers und der Baugenehmigung soll die bauliche Umsetzung erfolgen. Die Bauphase wird sich auf die Jahre 2012, 2013 und 2014 verteilen. Der Abschluss soll im Jahr 2014 erfolgen.

3. Gibt es Kürzungen bei der Bezuschussung durch den Bund?

Die generellen Städtebaufördermittel wurden bereits in der Vergangenheit durch den Bund drastisch gekürzt. Für 2011 wurden insgesamt 28,5 Mio. € und für 2012 = 40 Mio. € bundesweit bereitgestellt. Inwieweit sich hieraus konkrete Auswirkungen auf das Projekt „Soziale Stadt Lützel“ ergeben, kann heute noch nicht gesagt werden.

4. Kann das Projekt auch ohne Bundesmittel weiter entwickelt werden?

Nach der generellen Kürzung der Städtebaufördermittel durch den Bund muss in Betracht gezogen werden, dass aufgrund der allgemeinen Haushaltslage des Landes diese ggf. entstehende Finanzierungslücke nicht alleine mit Städtebaufördermitteln des Landes

aufgefangen werden kann, sondern auch städtischerseits eine finanzielle Kompensation von Nöten sein wird. Unter dieser Annahme ist die Maßnahme in ihrer Weiterentwicklung durchaus gefährdet.